

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 063/15 vom 12. Februar 2015

Heike Franzen: Landesregierung muss endlich von einer Themensammlung zu einem Konzept zur Inklusion kommen

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat nach der heutigen (12. Februar 2015) Anhörung zum Inklusionskonzept der Landesregierung im Bildungsausschuss erklärt:

„Die Landesregierung kann diesen Fachtag im Landeshaus nicht ignorieren. Eines ist heute deutlich geworden: Das rot-grün-blaue Inklusionskonzept hat reichlich Nachbesserungsbedarf. Die Ministerin muss nun ihre Hausaufgaben machen und endlich ein praktikables Inklusionskonzept vorlegen.“

So mache die schulische Assistenz, die die Landesregierung einführen will, nur Sinn, wenn sie in jeder Klasse zur Verfügung stehe. Dies sei ein Resultat der heutigen Anhörung. Maximal eine Stelle für eine Grundschule sei ein Tropfen auf den heißen Stein. „Bisher ist noch immer ungeklärt, welche Aufgaben abgedeckt werden sollen und welche Qualifikationen die schulischen Assistenten mitbringen müssen.“ Die Anzuhörenden hätten heute deutlich gemacht, dass dies kein Ersatz zur Schulbegleitung sein dürfe. Franzen wies darauf hin, dass Sozialministerin Kristin Alheit dies aber den Kommunen signalisiert habe. Die Eltern forderten zurecht die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung und die Ausstattung mit Sonderpädagogen, unterstrich die CDU-Abgeordnete.

„Die Ministerin sollte auch die geplanten Zentren für Inklusion überdenken, nachdem sie heute auf erheblichen Widerstand aus unterschiedlichen Richtungen gestoßen sind. Wir unterstützen darum die heute ebenfalls erhobene Forderung, die Förderzentren zu erhalten und sie weiterzuentwickeln“, so Franzen.

Bei der Weiterentwicklung der Inklusion dürfe die Landesregierung nicht weiter die Ressourcenfrage außer Acht lassen. „Man kann nicht Alles wollen und Nichts finanzieren. Das größte Problem sind die nicht vorhandenen Ressourcen, sowohl die personellen als auch die räumlichen. Jetzt ist die Landesregierung gefordert aufzuzeigen, wie sie diese Probleme Schritt für Schritt lösen will“, betonte Franzen.

Die CDU-Politikerin kündigte an, dass auch die CDU-Fraktion die Anhörung zum Anlass nehmen werde, ihr eigenes Konzept noch einmal zu diskutieren, die Anregungen aufzunehmen und ein weiterentwickeltes Konzept vorzustellen.